

Endlich ein »normaler« Staat? Abes geplanter Abschied vom »Nachkriegsregime«

Andreas Beck

A »Normal State« at last? Abe's Planned Departure from the Post-war Regime

Undoubtedly, Abe Shinzō is one of the most conservative Prime Ministers in Japan's recent history. Abe, who is serving his third term as Prime Minister, has stated on different occasions that one of Japan's foremost goals is to depart from the post-war regime.

Abe has since tried to tackle this task on several levels and, according to some observers, is pursuing a nationalistic agenda. In the field of security policy, Abe wants to soften the pacifistic norm in Japan and replace it with a concept called »proactive contribution to peace«. In order to foster this new concept, the Abe administration has introduced several measures, e. g. the formulation of a National Security Strategy, the introduction of a National Security Council and the reformulation of the National Defense Guidelines. But the most ambitious goal in this realm has been the reinterpretation of Article 9 of the constitution, in order to allow Japan limited rights of collective self-defense.

In the field of domestic policy, the Abe administration is trying to silence critical voices. In 2014, a highly controversial secrecy law was introduced, that allows ministries to designate information deemed to be sensitive as secret, and that could jail whistleblowers for 10 years. Critics view this as an attack on press freedom. Also, the Abe administration has increased the pressure on the press, particularly the Asahi newspaper.

This paper examines the different measures of the Abe administration. Has Abe really replaced the Yoshida-Doctrine with the Abe-Doctrine, or are these measures merely old wine in new bottles?

1 Einleitung

Am 14. Dezember 2014 fanden in Japan vorgezogene Unterhauswahlen statt, die nötig geworden waren, nachdem Premierminister Shinzō Abe am 21. November das Parlament vorzeitig aufgelöst hatte. Der Zeitpunkt war gut gewählt: zwar hatte die herrschende Koalition der Liberal Demokratischen Partei (LDP) und der Kōmeitō seit geraumer Zeit an Zustimmung eingebüßt, gleichzeitig aber war die Opposition noch immer zu zersplittert, um Abe ernsthaft gefährlich werden zu können. Entsprechend fiel auch das Wahlergebnis aus: Die Koalition konnte einen Sitz hinzugewinnen und hält damit 326 Sitze im Unterhaus – deutlich mehr, als für eine Zweidrittelmehrheit nötig (317 Sitze). Strenggenommen hat das Wahlergebnis bei näherem Hinschauen auch einige Schattenseiten: so hat die LDP einen Sitz verloren, während etwa die Kommunistische Partei Japans, eine klassische Partei für Protestwähler, 13 Sitze hinzugewinnen konnte. Zudem lag die Wahlbeteiligung bei lediglich 53,3 % (Glossermann 2014). Dennoch verfügt Abe nun für die nächsten vier Jahre über eine äußerst komfortable Mehrheit.

Es ist Abes dritte Amtszeit als Premierminister. Kurz vor dem Ende seiner ersten, die von 2006–2007 währte, sprach er in einer Rede vor dem Parlament von den Herausforderungen, vor denen Japan stehe (Abe 2007):

In order to obtain a high quality of life and a bright future, [...] it is absolutely crucial to mark a departure from the post-war regimes, that is to say, to advance the reform of conducting bold reviews going all the way back to the origins of various systems which have been in place for so long after the war, including the rebuilding of education and the restructuring of the national security system.

Die dringende Notwendigkeit dieses »Abschieds vom Nachkriegsregime« hat Abe seither immer wieder betont. Abe versucht auf verschiedenen außen- sowie innenpolitischen Ebenen, diesen Abschied zu forcieren und verfolgt zudem Beobachtern zufolge eine stark nationalistische Agenda. Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik plant Abe, die pazifistische und antimilitaristische Norm aufzuweichen und durch einen »proaktiven Pazifismus« zu ersetzen. Zu den ersten Maßnahmen, die diesen proaktiven »Pazifismus« stärken sollen, zählen etwa die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates, die Stärkung des Militärbündnisses mit den USA sowie eine Erhöhung des Militärhaushaltes. Ein weiteres Ziel auf diesem Sektor ist eine Neuinterpretation der Verfassung, um das Verbot der kollektiven Selbstverteidigung aufzuheben.

Im Bereich der Innenpolitik arbeitet die Abe-Administration dagegen mit Nachdruck daran, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen: So trat im vergangenen Jahr ein hochumstrittenes Gesetz gegen Geheimnisverrat in Kraft, welches die Weitergabe »bestimmter Geheimnisse« zum Schutz der nationalen Sicherheit mit zehn Jahren Gefängnis bestrafen kann. Kritiker sehen hierin einen eklatanten Angriff auf die Pressefreiheit. Auch die Vorgehensweise der Regierung Abe gegen die linksgerichtete Zeitung *Asahi Shinbun* wird als solcher wahrgenommen. Zudem hat Abe Schlüsselpositionen in den Medien mit Menschen besetzt, die mit ihm auf einer Linie sind, etwa den Vorsitzenden der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Nippon Hōsō Kyōkai (NHK).

Ist Japan also auf dem Weg, ein »normaler Staat« zu werden, wie es konservative Kreise im Land schon lange fordern?

Der Begriff »normaler Staat« wurde im Bezug auf Japan erstmals von dem ehemaligen LDP-Generalsekretär und späteren Oppositionsführer Ichirō Ozawa in seinem Buch »Blueprint for a New Japan« gebraucht. Für ihn ist ein »normaler Staat« in erster Linie ein Staat, der willentlich seiner Verantwortung im internationalen System nachkommt, diese Verantwortung nicht wegen innenpolitischer Hemmnisse auf andere abwälzt und zudem mit anderen Staaten kooperiert. Dies müsse auch Japans Ziel sein (Ozawa 1994: 94).

Hagström (2015: 136) hat kürzlich festgestellt, dass Japan sowohl innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung, als auch innerhalb außen- und sicherheitspolitischer Diskussionen im Land selber oft als ein »abnormaler Staat« dargestellt wird. Als »abnormal« wird dabei insbesondere gesehen, dass das Land keine seiner Wirtschaftskraft angemessenen militärischen Kapazitäten ausgebildet hat und durch den Artikel 9 seiner Verfassung auf das Recht Krieg zu führen, verzichtet (Hagström 2015: 127). Ein »normaler Staat« ist also im Umkehrschluss ein Staat, der ohne verfassungsrechtliche Restriktionen eine aktive sicherheitspolitische Rolle spielen kann und entsprechende militärische Kapazitäten unterhält.

Der folgende Artikel untersucht im Einzelnen die von der Abe-Administration vorgenommenen Maßnahmen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Innenpolitik. Es soll der Frage nachgegangen werden, ob diese Maßnahmen wirklich solch drastische Einschnitte darstellen, wie viele Kritiker bemerken, oder ob es sich nicht vielmehr um alten Wein in neuen Schläuchen handelt, mit denen Abe auf die veränderte Sicherheitslage der Region reagiert. Dabei soll geprüft werden, ob diese einzelnen Maßnahmen eine wirkliche Abkehr vom bisherigen politischen Kurs darstellen, oder ob ähnliche Maßnahmen in der Vergangenheit bereits in anderer Form vorgenommen worden sind.

2 Außenpolitik

Die Sicherheitslage in Asien hat sich in den vergangenen Jahren enorm verändert. Auf der einen Seite hat der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, der auch mit einer massiven Aufrüstung der Volksarmee einhergegangen ist, zu großer Verunsicherung innerhalb Japans geführt. Liff und Ikenberry (2014) gehen sogar so weit, ein klassisches Sicherheitsdilemma in der asiatisch-pazifischen Region festzumachen, also eine Situation, in der Misstrauen und Unsicherheit zu Auswüchsen wie Wettrüsten etc. führen können. Zudem legt China seit Jahren eine weitaus aggressivere Außenpolitik an den Tag als noch in den 1990er Jahren. Dies zeigt sich etwa an Chinas Vorgehensweise bei den Territorialstreitigkeiten im Ost- und Südchinesischen Meer. Erschwerend kommt hinzu, dass die umstrittenen Senkaku-Inseln (chinesisch Diayou) im Ostchinesischen Meer im Laufe der vergangenen Jahre zu einem ständigen Konfliktherd der beiden Staaten geworden sind (Beck 2010). Auch hier legt China ein ausgesprochen aggressives Verhalten an den Tag: das Eindringen von chinesischen Schiffen oder Flugzeugen in von Japan beanspruchtes Gebiet gehört inzwischen fast zum Tagesgeschehen.

Eine seit Jahren gleichbleibende Bedrohung stellt das völlig unberechenbare Regime in Nordkorea dar. Die vom dortigen Regime regelmäßig vorgenommenen Raketen- und Kernwaffentests sind ein Quell großer Besorgnis. Auf der anderen Seite haben die USA ihr geopolitisches Engagement zurückgefahren. Zwar hat die Obama-Administration stets betont, sich besonders in der asiatisch-pazifischen Region engagieren zu wollen. Allerdings haben die USA außenpolitisch an Glaubwürdigkeit eingebüßt, etwa durch ihre zögerliche Haltung im Syrien-Konflikt oder im Ukraine-Krieg (Chen 2014). Vor diesem Hintergrund hat die Abe-Administration einige grundlegende Reformen der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik angestoßen.

2.1 Proaktiver Pazifismus

In seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 2013 sprach Abe über die Rolle Japans innerhalb der internationalen Gemeinschaft und legte die zukünftige Rolle Japans im internationalen System dar (Abe 2013):

I pledge here that I will make Japan a force for peace and stability, just as it has been until now -- or rather, to a degree even greater than it has been thus far,

given the increasingly tragic state suffusing the globe. Japan will newly bear the flag of »Proactive Contribution to Peace,« [...].

In einem kurzen Gastbeitrag beschrieb Abes Berater Shinchi Kitaoka (02.04.2014), was unter dieser etwas unklaren Formulierung zu verstehen sei: Japan könne nicht mehr darauf warten, dass Japans »passiver Pazifismus« auf andere Staaten abfärbe und dies zu Abrüstungsanstrengungen führe. Das Aufrüsten Chinas habe gezeigt, dass dieser Weg nicht funktioniere. So müsse Japan nun einen »proaktiven Pazifismus« anwenden und im Rahmen internationaler Kooperation zum Frieden in der Welt beitragen.

In den darauf folgenden Monaten wurden von der Abe-Administration diverse Maßnahmen umgesetzt, die diesen »proaktiven Pazifismus«, wie diese neue sicherheitspolitische Ausrichtung bald genannt wurde, unterstützen sollten. Diese werden im Folgenden beschrieben.

2.2 National Security Council

Bereits im Dezember 2013 wurde ein Nationaler Sicherheitsrat nach dem Vorbild der USA ins Leben gerufen, nachdem die entsprechende Gesetzesvorlage im November von beiden Kammern des Parlamentes gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet wurde. Das Herzstück des neuen National Security Councils (NSC) ist das sogenannte »4-Minister Meeting« (4MM), bei dem sich der Premierminister, sein Chefkabinettssekretär sowie der Außenminister und der Verteidigungsminister regelmäßig, d. h. mindestens alle zwei Wochen, austauschen. Das 4MM soll dabei als »Kontrollturm« die nationale Sicherheit Japans überwachen (MOD 2014: 125). Daneben gibt es das »Nine Minister Meeting«, an dem noch weitere Minister, etwa der Innen- oder der Finanzminister, teilnehmen und das eher eine Kontrollfunktion innerhalb des Gremiums ausüben soll. Schließlich findet in Krisensituationen ein »Emergency Situations Minister Meeting« statt, um schnell und flexibel auf Bedrohungen reagieren zu können (Miller 2014). Dem Kabinettssekretariat angegliedert ist das »National Security Secretariat«, welches die Treffen vorbereitet und zudem für die Planung und Koordinierung von Maßnahmen zuständig ist, welche die nationale Sicherheit betreffen (MOD 2014: 125). Dem »National Security Secretariat« gehören 60 Mitarbeiter und Experten an, wobei ungefähr 12 Angehörige der Streitkräfte sind. Das NSC soll eng mit vergleichbaren Institutionen anderer Länder kooperieren, etwa mit dem Nationalen Sicherheitsrat der USA. Die Pläne für die Schaffung eines solchen Sicherheitsrates gehen bereits auf die erste Amtszeit Abes

2007 zurück, wurden allerdings von Abes Nachfolger Fukuda wieder auf Eis gelegt (Kitaoka 2014: 4).

Kritiker des NSC bemängeln unter anderem die mangelnde Transparenz des Rates. Die Mitglieder des NSC müssen die Inhalte ihrer Treffen nicht der Öffentlichkeit zugänglich machen – auch wegen des umstrittenen Geheimhaltungsgesetzes, welches weiter unten noch Gegenstand der Untersuchung sein wird (*JT* 08.05.2014). Zudem sorgt die Tatsache für Sorge, dass zahlreiche Angehörige der Streitkräfte Teil des National Security Secretariat sind. So wird befürchtet, dass Diskussionen innerhalb des NSC von Positionen dominiert werden, die militärische Lösungsansätze befürworten (*JT* 01.12.2013).

Die Gründung des NSC stellt bei näherem Hinsehen keine Neuerung dar. Vergleichbare Organe gibt es innerhalb Japans bereits seit 1956, als das »National Defense Council« gegründet wurde (Samuels 2007: 54). 1986 übernahm das Security Council dessen Aufgaben. Mit der Gründung des NSC wird dieses Organ nun abermals angepasst und effektiver ausgestaltet. Einige der Strukturen des Security Council wurden beibehalten, etwa das »Nine Minister Meeting«. Neu ist lediglich die stärkere Einbindung des Premierministers und des Kabinettssekretariats sowie die Verschlankung einzelner Komitees. Fraglich ist allerdings, ob das neue Organ wirklich effektiver arbeiten wird, da ihm noch immer viele Bürokraten aus unterschiedlichen Ministerien angehören (Takahashi 2013).

2.3 Die National Security Strategy

Am 10. September 2013 wurde eine weitere Institution ins Leben gerufen: das »Advisory Panel on National Security and Defense Capabilities«, welches zwei Tage später zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkam. Mitglieder waren Wissenschaftler sowie ehemalige hochrangige Ministerialbeamte und Mitglieder der Selbstverteidigungsstreitkräfte. Aufgabe dieser Institution war die Ausformulierung einer nationalen sicherheitspolitischen Strategie (National Security Strategy NSS). Dieses Strategiepapier sollte den sicherheitspolitischen Kurs sowohl der Verteidigungspolitik, als auch der Diplomatie abstecken – ein absolutes Novum für Japan (Kitaoka 2014: 6). Das neue Strategiepapier wurde bereits am 17. Dezember 2013 veröffentlicht. Auch hier steht das Konzept des »proaktiven Pazifismus« im Mittelpunkt (Hughes 2015: 29). Die NSS beschreibt zunächst die nationalen Interessen Japans. Dazu gehören zuvorderst die Wahrung der Souveränität und Unabhängigkeit sowie die Verteidigung der territorialen Integrität. Aber auch die Mehrung des Wohlstandes Japans durch wirtschaftliche Entwick-

lung sowie der Schutz der auf globalen Werten wie Freiheit, Demokratie u. ä. fußenden internationalen Ordnung werden zu Japans Interessen gezählt (PMJ 2013: 4). Von diesen Interessen ausgehend werden drei nationale sicherheitspolitische Ziele formuliert (PMJ 2013: 5):

- a) Die Abschreckungskapazitäten so weit zu erhöhen, dass potenzielle Bedrohungen Japan nicht erreichen können. Sollten solche Bedrohungen Japan doch erreichen, sollen sie schnell beseitigt werden.
- b) Die Sicherheitslage in der asiatisch-pazifischen Region so zu verbessern, dass keine Bedrohungen entstehen bzw. bestehende verringert werden. Dies soll vor allem durch eine Stärkung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsbündnisses sowie durch eine Verbesserung des Vertrauens und der allgemeinen Beziehungen zwischen Japan und seinen Partnern innerhalb und außerhalb der Region erreicht werden.
- c) Die Verbesserung der globalen Sicherheitslage und die Errichtung einer friedlichen, stabilen und prosperierenden internationalen Gemeinschaft durch die Stärkung von globalen Werten und Regeln. Hier möchte Japan eine führende Rolle bei der Beilegung von Konflikten spielen.

Im weiteren Verlauf des NSS werden die konkreten Vorgehensweisen beschrieben, mit denen diese Interessen und Ziele verfolgt werden sollen (PMJ 2013: 14–27). Dazu gehört etwa der Ausbau der Verteidigungsstreitkräfte (siehe Punkt 2.3) sowie der Geheimdienste oder die Neubewertung des Verbotes von Rüstungsgütern (siehe Punkt 2.4). Was genau mit dem Konzept des »proaktiven Pazifismus« gemeint ist, wird gegen Ende des Strategiepapiers ausführlich dargelegt: Um zur Verbesserung der globalen Sicherheitslage beizutragen, möchte Japan eine aktivere Rolle in der internationalen Gemeinschaft spielen. Dazu gehört etwa die enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und das Anstreben eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat, die Unterstützung von Abrüstungsinitiativen oder die Ausweitung der Beteiligung Japans an UN-Missionen. Weitere Felder, bei denen Japan sich aktiver einbringen will, sind bspw. die Entwicklungszusammenarbeit, der Freihandel oder der Klimaschutz. Betont wird zudem, dass Japan sich vermehrt für die Durchsetzung rechtsstaatliche Prinzipien etwa im Bereich des Cyberspace oder des Seerechts einsetzen will. So soll in maritimen Fragen nicht das Recht des Stärkeren gelten – ein klares Signal in Richtung China (Atanassova-Cornelis 2014).

Wichtig ist laut NSS ferner, dass die Bevölkerung mit sicherheitspolitischen Fragen vertraut ist und die nationale Sicherheit als etwas begreift, was alle angeht. Dazu will die Regierung auch die Liebe zur Heimat und zur Region stärken und ein Bewusstsein für Konzepte wie territoriale Integrität und Souveränität schaffen (PMJ 2013: 36).

Japan, so geht es aus dem NSS hervor, möchte also mehr Verantwortung im internationalen System übernehmen als bisher. War bis dato das Konzept eines passiven Pazifismus vorherrschend, also die Vorstellung, eine pazifistische Grundhaltung Japans würde auf andere Staaten »abfärben«, soll nun aktiv auf eine friedlichere Welt hingearbeitet werden. Allerdings wird im NSS stets betont, dass dieser »proaktive Beitrag zum Frieden« auf dem Prinzip der internationalen Kooperation beruht.

Auch wenn das neue Prinzip des »proaktiven Pazifismus« nach einer wirklichen Neuerung klingt, so sind viele im NSS aufgeführte Richtlinien und Zielsetzungen schon lange Teil der sicherheitspolitischen Ausrichtung des Landes (Sakaki 2014: 16). Die Form eines nationalen Strategiepapiers mag eine Neuerung darstellen, die meisten Inhalte sind es indes nicht.

Neu ist allerdings die Abkehr vom bisherigen Konzept des passiven Pazifismus. Da jedoch schon lange evident ist, dass dieses Konzept seinen gewünschten Effekt verfehlt, ist diese Abkehr als Anpassung an die veränderte Sicherheitslage zu sehen.

2.4 Die neuen Verteidigungsrichtlinien

Das »Advisory Panel on National Security and Defense Capabilities« nahm auch eine Überarbeitung der nationalen Verteidigungsrichtlinien (National Defense Program Guidelines NDP) vor. Diese Richtlinien, die im Gegensatz zur NSS nur die Verteidigungspolitik betreffen, wurden erstmalig 1976 veröffentlicht und 1995, 2004 sowie zuletzt 2010 revidiert (Hook et al. 2005: 166–167). Die jeweiligen Neuformulierungen waren durch die veränderte Sicherheitslage nötig geworden. So wurde 2004 etwa die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in die Richtlinien miteinbezogen, während 2010 der Aufstieg Chinas sowie der Konflikt um die Senkaku-Inseln ausschlaggebend für die Revidierung war. Schon 2004 nahmen die damaligen Verteidigungsrichtlinien Abstand vom Konzept einer »basic defense capability«, also einer konventionellen Armee, die in erster Linie eine Invasion der Hauptinseln abwehren soll, und plädierten stattdessen für eine flexible, hochmoderne Armee, die auf die veränderten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts angemessen reagieren kann und bspw. mit einem umfangreichen Raketen-Abwehrsystem, bestehend aus Patriot-Raketen und Aegis-Technologie, ausgestattet ist (Hughes 2004: 71).

Die aktuellen Verteidigungsrichtlinien führen diese Tendenz nun weiter fort (Hughes 2015: 30). Zunächst wird die Sicherheitslage beschrieben, wobei Nord-Korea und China als größte Bedrohung ausgemacht werden (MoD 2013a: 2–3). Insbesondere Chinas Aktivitäten im Ost- und Südchinesischen Meer werden

dabei hervorgehoben. Laut NDP haben sich vor allem sogenannte »gray-zone situations« erhöht, also Vorkommnisse, die keinen direkten Angriff auf Japans Souveränität darstellen, aber dennoch die Sicherheit bedrohen, etwa das Eindringen von fremden U-Booten in das eigene Hoheitsgebiet (Ondodera 2013: 78). Japans Verteidigungskonzept beinhaltet daher die Aufstellung einer »Dynamic Joint Defense Force«, die in der Lage ist, schneller zu reagieren und somit besser auf die heutige Sicherheitslage eingestellt ist (MOD 2013a: 8). Die Verteidigungsrichtlinien betonen dabei zwei Anforderungen an die Streitkräfte (Self-Defense Forces, SDF) besonders häufig: Die Wichtigkeit von regelmäßigen und fundierten Aufklärungsaktivitäten (»persistent intelligence, surveillance and reconnaissance«, kurz ISR), sowie die Notwendigkeit, schnell auf Angriffe auf entlegene Inseln reagieren zu können. Vor diesem Hintergrund wird die geplante Ausrichtung der einzelnen Teilstreitkräfte beschrieben: Die Bodenstreitkräfte (Ground Self-Defense Force, GSDF) sollen mobiler werden und beispielsweise deren amphibische Truppenteile gestärkt werden. Zudem sollen auch sie mit ISR-Kapazitäten ausgestattet werden. Die Marine (Maritime Self-Defense Force, MSDF) soll mit zusätzlichen Zerstörern ausgestattet werden, um besonders effizient gegen U-Boote vorgehen zu können. Mittels Aegis-Technologie sollen Raketenangriffe frühzeitig erkannt werden. Die Zahl der eigenen U-Boote soll von 16 auf 22 steigen. Und schließlich soll auch die Luftwaffe (Air Self-Defense Force, ASDF) dahingehend aufgerüstet werden, dass sie zu längeren Aufklärungsmissionen in der Lage ist. Auch ist geplant, weitere Kampfflugzeuge anzuschaffen. Insgesamt sollen die einzelnen Waffengattungen effizient zusammenarbeiten, um schnell auf Bedrohungen reagieren zu können (MOD 2013a: 21–24).

Das Konzept des »proaktiven Pazifismus« wird auch vom NDP aufgegriffen und erläutert. So sollen die SDF besser für UN-Missionen oder humanitäre Einsätze gerüstet sein.

Zeitgleich mit dem NDP, welches die verteidigungspolitische Ausrichtung für die nächsten zehn Jahre vorgeben soll, wurde auch ein mittelfristiges Verteidigungsprogramm (Medium Term Defense Program MTP) veröffentlicht, welches detailliert auf die geplanten Veränderungen der nächsten vier Jahre eingeht. Darin werden Einzelheiten genannt, wie die Umstrukturierung der Streitkräfte genau aussehen soll. Demnach soll innerhalb der GSDF eine »rapid deployment brigade« entstehen, die auf amphibische Einsätze spezialisiert und so in der Lage ist, schnell entlegene Inseln zurückzuerobern, die das Ziel einer Invasion geworden sind (MOD 2013b: 4). Eine solche amphibische Eingreiftruppe, die den US-amerikanischen Marines nachempfunden ist, existierte bis dato noch nicht innerhalb der SDF. Damit soll es Japan ermöglicht werden, seine entlegenen Inseln eigenmächtig zu verteidigen,

ohne sich dabei auf die Streitkräfte des amerikanischen Bündnispartners verlassen zu müssen (WSJ 18.07.2014).

Die MSDF soll neben den neuen Zerstörern mit Aegis-Technologie auch neue Hubschrauber vom Typ SH-60K erhalten, die besonders für Anti-U-Boot-Einsätze geeignet sind. Zudem ist geplant, neue Aufklärungsflugzeuge und Minenabwehrschiffe anzuschaffen (MOD 2013b: 8).

Bei der ASDF soll, in Einklang mit dem Konzept ISR, besonders die Aufklärungskapazität erhöht werden, etwa durch Verbesserung der AWACS-Flugzeuge oder die Anschaffung von Aufklärungsdrohnen. Des Weiteren sollen die bestehenden Kampfflugzeuge entweder modernisiert oder ausgetauscht werden. Dabei soll eine zusätzliche Staffel auf die Naha Air Base, dem Luftwaffenstützpunkt der Okinawa Präfektur, verlegt werden (MOD 2013b: 5).

Sowohl das NDP, als auch das MTP kündigen zudem eine Revision der japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien an.

Im Januar 2015 wurde der Verteidigungsetat verabschiedet. Da diverse Neuanschaffungen bereits im NDP angekündigt waren, war es keine große Überraschung, dass er zum dritten Mal in Folge erhöht wurde. Im Vergleich zum Jahr 2014 steigen die Verteidigungsausgaben um 0,8 % und liegen nun bei rund 4,82 Billionen Yen (rund 41,12 Mrd. US \$) (MOD 2015a: 50). Zwar liegt der Verteidigungsetat damit noch immer unter der Grenze von 1 % des BIPs, die von Premierminister Miki im November 1976 festgeschrieben wurde und die nur selten überschritten wird, und ist ferner im Vergleich zum Verteidigungsetat der Volksrepublik China ausgesprochen gering (112 Mrd. US \$). Dennoch steigen Japans Verteidigungsausgaben damit auf den höchsten Stand in der Nachkriegsgeschichte (Panda 2015).

Auch das NDP und das MTP stellen keine wirkliche Neuerung in Japans sicherheitspolitischer Ausrichtung dar, sondern sind lediglich eine Anpassung an die veränderte Sicherheitslage in der Region. Vergleichbare Anpassungen wurden, wie oben erwähnt, bereits mehrfach vorgenommen. Neu sind in diesem Zusammenhang lediglich einzelne Maßnahmen, etwa der Plan, eine amphibische Spezialeinheit zu gründen.

2.5 Rüstungsexporte

Am 1. April 2014 wurde das Verbot des Exports von Rüstungsgütern (die sogenannten »Three Principles of Arms Exports«), welches fast 50 Jahre Bestand hatte, aufgehoben und durch die »Three Principles on Transfer of Defense Equipment and Technology« ersetzt. Das Verbot ging auf Premierminister

Eisaku Satō (1964–1972) zurück, der 1967 den Export von Waffen in kommunistische Staaten, Staaten, die in einen Konflikt involviert sind sowie in Staaten, welche in einen Konflikt hineingezogen werden könnten, untersagte. Unter Premierminister Takeo Miki (1974–1976) wurde dieses Verbot 1976 noch verschärft, indem es auf alle anderen Staaten ausgedehnt wurde und auch rüstungsrelevante Technologien mit eingeschlossen wurden (Hook et al. 2004: 151–152). Zwar wurde der Bündnispartner USA 1983 von dem Verbot ausgenommen und es sind seitdem zahlreiche Ausnahmen hinzugekommen, dennoch wurde das Verbot strikt überwacht, wodurch viele japanische Konzerne aus der Rüstungsindustrie ausstiegen und es Japan lange Zeit unmöglich gemacht wurde, an rüstungstechnologischen Kooperationen mit anderen Staaten mitzuwirken (Hirose 2014). Erst Premierminister Yoshihiko Noda (2011–12) lockerte 2011 diesbezüglich das Verbot und gestattete die Zusammenarbeit mit Verbündeten bei Rüstungsprojekten. Unter Abe wurde 2013 eine Kooperation bei der Entwicklung des Kampfflugzeugs F-35 von Lockheed beschlossen, an der auch Israel sich beteiligt. Dies wurde von Beobachtern als Verstoß gegen die geltenden Prinzipien gewertet, da Israel zumindest leicht in einen Konflikt hineingezogen werden könnte (AS 01.03.2013).

Das Verbot von Waffenexporten führte zu teilweise absurden Auswüchsen: So musste für jeden UN-Einsatz, an dem Japan sich beteiligte, eine Sondergenehmigung eingeholt werden, damit die japanischen Truppen mit ihren Waffen das Land verlassen konnten (Kitaoka 2014: 10).

Die neuen »Drei Prinzipien« lauten wie folgt (MOFA 2014: 2):

- 1) Waffen und Rüstungstechnologie dürfen nach wie vor nicht in bestimmte Staaten exportiert werden (etwa Staaten, die einem UN-Embargo unterliegen oder die in einen Konflikt verwickelt sind).
- 2) Waffen und Rüstungstechnologie dürfen nun unter bestimmten Voraussetzungen an bestimmte Staaten geliefert werden, etwa wenn diese Lieferungen zum internationalen Frieden oder zu Japans Sicherheit beitragen. Dabei soll jeder Fall genau von der Regierung geprüft werden und besonders heikle Fälle zudem vom NSC geprüft werden.
- 3) Es soll überwacht werden, dass exportierte Rüstungsgüter nur mit der Zustimmung Japans an Drittstaaten weitergegeben werden.

Um den gesamten Prozess der Rüstungsexporte transparent zu halten, ist das japanische Wirtschaftsministerium dazu angehalten, jährliche Berichte über exportierte Rüstungsgüter zu veröffentlichen. Zudem sollen Verhandlungsergebnisse der innerhalb des NSC diskutierten Rüstungsdeals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Bereits im Juli 2014 wurden die ersten Exporte von Rüstungstechnologie vereinbart, unter anderem der Verkauf von Sensor-Technologie an Großbritannien (*JT* 18.07.2014). Für Mai 2015 war erstmalig eine internationale Messe für Rüstungsgüter in Yokohama angesetzt. Auf der MAST Asia Messe sollen auch japanische Rüstungskonzerne wie Mitsubishi Heavy Industries ihre Waffensysteme einem internationalen Publikum vorstellen (*JT* 20.04.2015).

Kritiker beanstanden insbesondere die Durchführbarkeit des dritten Prinzips. So sei es ausgesprochen schwierig nachzuverfolgen, wo exportierte Rüstungsgüter letztendlich landen (*JT* 01.04.2014).

Auch diese Neuformulierung stellt bei näherem Hinsehen keine Abkehr vom gewohnten Kurs dar. Seit der Implementierung des Verbotes 1967 sind stetig mehr Ausnahmen von dem Verbot hinzugekommen, insgesamt 21 (Sato 2015). Durch die letzte von Premierminister Noda vorgenommene Änderung des Verbotes war es so weit ausgehöhlt, dass die nun vorgenommene Neuformulierung die ohnehin herrschende Praxis lediglich legitimiert.

2.6 Neuausrichtung der Entwicklungshilfe

Eines der wichtigsten Instrumente der japanischen Außenpolitik ist traditionell die Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA). Japan ist eines der größten Geberländer: 2013 flossen rund 11,5 Mrd. US-Dollar in die Entwicklungshilfe (OECD 2014). Dabei wird besonders die asiatische Region bedacht: rund 70 % der japanischen ODA fließt in diese Region. Als die japanische Entwicklungspolitik Anfang der 90er Jahre in die Kritik geriet, da sie zu sehr auf Kredite ausgerichtet war und zudem Gelder an bestimmte Projekte koppelte, wurde 1992 erstmalig eine ODA-Charta veröffentlicht, welche die Richtlinien der japanischen Entwicklungspolitik darlegte (Otopalik 2010: 1f). Neben der hinter der japanischen Entwicklungspolitik stehenden Philosophie wurden auch die Prioritäten und die Maßnahmen einer erfolgreichen Implementation beschrieben (MOFA 1992). 2002 wurde diese Charta unter den Eindrücken der Terroranschläge des 11. September neu formuliert und die Bedrohung des Weltfriedens durch Terrorismus und Konflikte stärker berücksichtigt. In beiden Dokumenten findet sich jedoch ein Paragraph, der besagt, dass ODA nicht für militärische Zwecke oder zur Verschärfung von Konflikten verwendet werden soll.

Im März 2014 setzte Abe abermals eine Kommission ein, welche die bestehende Charta neu gestalten sollte und der neben Experten für Entwicklungspolitik auch sicherheitspolitische Experten sowie ein Mitglied des Wirtschaftsverbandes

Keidanren angehörte. Die Kommission übergab ihre Ergebnisse bereits im Juli desselben Jahres, doch erst im Februar 2015 wurde die neue Charta, die nun den Namen »Development Cooperation Charter« trägt, in Form eines Kabinettsbeschlusses der Öffentlichkeit vorgestellt. Auch hier wird der »proaktive Pazifismus« als Leitmotiv genannt und es wird direkt auf die National Security Strategy Bezug genommen. Japan möchte seine ODA nun »strategischer« ausrichten. Zudem wird das oben genannte Verbot der Verwendung von ODA für militärische Zwecke aufgeweicht: Nun soll es möglich sein, im Bereich der Entwicklungshilfe mit dem Militär eines Nehmerlandes zusammenzuarbeiten, sofern dessen Streitkräfte zu nicht-militärischen Zwecken eingesetzt werden, bspw. in der Katastrophenhilfe. In solchen Situationen soll von Fall zu Fall entschieden werden (PMJ 2015: 10f). Experten üben an diesem Zusatz Kritik, da nun etwa die Möglichkeit besteht, dass strenggenommen Rüstungshilfe als Entwicklungshilfe deklariert wird.

Besonders scharfe Kritik übte die Zeitung *The Japan Times* in einem Meinungsartikel mit dem Titel »Aid that could foment conflict«. Darin werden ausführlich die Gefahren beschrieben, die mit der Aushöhlung des Artikels verbunden sein könnten: So sei es für Japan nur sehr schwer nachzuvollziehen, was die mit japanischen Geldern unterstützten fremden Streitkräfte genau mit dem Geld anstellen. Ursprünglich für zivile Zwecke bereitgestellte Fahrzeuge und Güter könnten letzten Endes für militärische Zwecke missbraucht werden (JT 19.02.2015).

Das japanische Außenministerium sah sich daraufhin gezwungen, eine Gegendarstellung zu dem Artikel auf seiner Homepage zu veröffentlichen. Darin weist das Außenministerium darauf hin, dass schon früher fremde Militärapparate in die japanische ODA eingebunden wurden, etwa bei der Errichtung einer Geburtenstation in einem Militärkrankenhaus im Senegal. Man werde jede Anstrengung unternehmen, um Missbrauch zu verhindern (MOFA 2015).

Die Neuformulierung der ODA-Charta stellt kein Novum dar. Vor allem, da auch in den vorherigen Charta die Verwendung von ODA für militärische Zwecke nie verboten, sondern diesbezüglich lediglich eine Soll-Vorschrift verankert war und dementsprechend, wie oben dargestellt, auch in der Vergangenheit fremde Militärapparate in die Entwicklungshilfe eingebunden wurden. Zudem wurde auch diese Soll-Vorschrift bereits in der Vergangenheit umgangen – etwa als 2014 Patrouillenboote an die Küstenwache Vietnams übergeben wurden, die im Vorfeld von Vietnam aus dem Militär ausgegliedert wurde (AS 02.08.2014).

2.7 Neuinterpretation der Verfassung

Der sicherlich drastischste Schritt, den Abe bisher unternommen hat, um das »Nachkriegsregime« hinter sich zu lassen, ist eine Neuinterpretation des Artikels 9 der Verfassung. Bekanntermaßen spricht der Artikel 9 Japan das Recht zur Kriegsführung ab und verbietet es dem Land zudem, Streitkräfte zu unterhalten und Konflikte gewaltsam zu lösen. Der Artikel wurde nie streng ausgelegt: bereits 1954 wurden die SDF gegründet und der Artikel wurde dahingehend interpretiert, dass Japan zwar keine Aggressionskriege führen dürfe, aber durchaus das Recht besitze, sich zu verteidigen (Samuels 2007: 45–46). Die Anwendung von Selbstverteidigung (und die dazu notwendigen Kapazitäten) sollten jedoch auf das zur Landesverteidigung notwendige Minimum beschränkt bleiben. Ausgesprochen strittig war stets die Frage, ob dieses notwendige Minimum auch das Recht auf kollektive Selbstverteidigung miteinschließe, Japan also das Recht auf kollektive Selbstverteidigung besitze oder nicht. So herrschte von 1954 bis 1981 darüber Konsens, dass Japan dieses Recht nicht besitze und Verbündeten bei einem Angriff nicht zur Hilfe eilen könne. Ab 1981 setzte sich die Meinung durch, dass Japan nach internationalem Recht zwar das Recht auf kollektive Selbstverteidigung besitze (Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen), seine Anwendung unter Artikel 9 aber verboten sei (Boyd und Samuels 2005: 9). Japanischen Truppen ist es allerdings seit 1992 unter strengen Auflagen möglich, im Rahmen des Peacekeeping Operations Law (PKO) an UN-Missionen teilzunehmen. Auch bei solchen Einsätzen bleibt jedoch die Ausübung von kollektiver Selbstverteidigung verboten: japanische Truppen dürfen sich lediglich selber verteidigen und angegriffenen Verbündeten nicht zur Hilfe kommen (Berkofsky 2012: 199).

Die vorherrschende Interpretation der Verfassung ist konservativen Kräften schon lange ein Dorn im Auge. Schon unter Premierminister Junichirō Koizumi (2001–06) gab es Anstrengungen, Gesetze zu erlassen, um so den verfassungsrechtlichen Spielraum der SDF zu vergrößern und ein Recht auf kollektive Selbstverteidigung zu verankern (Arase 2007: 570–571). Das 2001 unter seiner Ägide erlassene »Anti-Terrorism Special Measures Law«, welches es den SDF gestattete, die USA während des Afghanistan-Einsatzes logistisch zu unterstützen, kann als solche Maßnahme verstanden werden, zumal der Einsatz strenggenommen bereits als Ausübung der kollektiven Selbstverteidigung gesehen werden muss. Noch deutlicher ist dies beim Irak-Einsatz der Fall, als Japan zumindest im Rahmen seines humanitären Einsatzes Teil der »Koalition der Willigen« war. Dennoch wurde auch hier der letzte Schritt zu einer offiziellen Neuinterpretation seitens des dafür zustän-

digen Cabinet Legislations Bureau¹ nicht vollzogen. Dies führte etwa dazu, dass Japan seine eigene Basis im Irak nicht selber verteidigen konnte, sondern dafür auf die Hilfe von Truppen aus den Niederlanden und später Australien zurückgreifen musste (Boyd und Samuels 2005: 10).

Abe unternahm schon 2007 während seiner ersten Amtszeit erste Schritte, um eine Neuinterpretation der Verfassung zu erreichen. So setzte er eine Kommission (Advisory Panel on Reconstruction of the Legal Basis for Security, APRLBS) ein, welche die sicherheitspolitische Gesetzgebung einer Prüfung unterziehen und Empfehlungen für Korrekturen aussprechen sollte. Dabei spielte die Kommission vier verschiedene Szenarien durch: die Verteidigung eines US-Schiffes auf hoher See durch japanische Schiffe, das Abfangen einer Rakete, die in Richtung USA abgeschossen wurde, der Waffengebrauch japanischer Truppen im Rahmen eines UN-Einsatzes sowie die logistische Unterstützung von Staaten bei gemeinsamen UN-Einsätzen. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass eine Neuinterpretation der Verfassung dringend geboten sei (APRLBS 2008: 23). Allerdings trat Abe zurück, bevor die Kommission ihre Ergebnisse darlegen konnte und unter seinen Nachfolgern wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt. Nach Abes Wiederwahl wurde die Kommission wieder eingesetzt und überarbeitete ihren Report von 2008. Zusätzlich zu den vier bereits behandelten Fällen wurden weitere Szenarien untersucht, etwa das Eindringen eines U-Bootes in japanische Hoheitsgewässer oder Minenräum-Operationen in Meerengen. Der Bericht wurde Abe im Mai 2014 übergeben und enthält konkrete Empfehlungen, wie Artikel 9 der Verfassung auszulegen sei. Dabei kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Verfassung kollektive Selbstverteidigung bereits abdecke, da das zur Landesverteidigung notwendige Minimum neben der individuellen auch die kollektive Selbstverteidigung einschließen (APRLBS 2014: 27):

Therefore, it should be interpreted that the right of collective self-defense is also included in the »minimum extent necessary« and the right of collective self-defense should be permitted.

Es müsse Japan also möglich sein, einem angegriffenen Kriegsschiff der USA zu Hilfe zu eilen, da, so das Argument der Kommission, eine unterlassene Hilfe das japanisch-amerikanische Sicherheitsbündnis ungebührlich belasten würde und somit auf lange Sicht Japans Sicherheit aufs Spiel setze. Auch müsse es japanischen

¹ Das Cabinet Legislation Bureau berät das Kabinett in juristischen Fragen und arbeitet Gesetzesvorlagen aus. Es wird manchmal als »Rechtsabteilung« des Kabinetts bezeichnet (Samuels 2004).

Truppen, die an einem UN-Einsatz teilnehmen, gestattet sein, entfernten befreundeten Truppen zu Hilfe zu kommen, wenn diese angegriffen werden, auch wenn keine unmittelbare Gefahr für die japanischen Truppen selber besteht (dieses Prinzip heißt auf japanisch *kaketsuke keigo*) (APRLBS 2014: 2).

Doch auch dem von der Verfassung bereits abgedeckten Recht auf individuelle Selbstverteidigung räumt die Kommission größeren Spielraum ein: So soll es den SDF möglich sein, schneller und resoluter auf Situationen zu reagieren, die zwar keinen direkten Angriff, aber dennoch eine Bedrohung darstellen, etwa das Eindringen von U-Booten in japanische Hoheitsgewässer.

Die Kommission empfahl daher eine Novellierung der für die Sicherheitspolitik relevanten Gesetze, etwa das Gesetz, welches die japanischen UN-Einsätze regelt (PKO-Act) oder die Gesetze, welche die Streitkräfte zum Gegenstand haben (Self-Defense Forces Act).

Die Abe-Administration griff einige der Empfehlungen der Kommission umgehend mit einem Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2014 auf (PMJ 2014). Der Kabinettsbeschluss ist wesentlich knapper gehalten als der Bericht der Kommission und geht längst nicht auf alle deren Empfehlungen ein, was dem mäßigenden Einfluss des Koalitionspartners Kōmeitō zuzuschreiben ist (Hughes 2015: 52–53).

Zukünftig soll es also japanischen Truppen möglich sein, US-amerikanische Schiffe mit Waffengewalt zu beschützen (der Beschluss spricht von »very passive and limited use of weapons«), sollten diese zusammen mit den SDF an Aktivitäten beteiligt sein, welche zur Sicherheit Japans beitragen, wozu auch gemeinsame Manöver gezählt werden (PMJ 2014: 3). Um Japans Rolle bei UN-Einsätzen zu stärken, sollen den japanischen Truppen größere Freiheiten beim Gebrauch ihrer Waffen eingeräumt werden, etwa im Rahmen des Prinzips *kaketsuke keigo*. Auf das allgemeine Recht der kollektiven Sicherheit geht der Beschluss nur kurz und recht vage ein (PMJ 2014: 7f): Japan darf von dem Recht nun Gebrauch machen, wenn ein befreundeter Staat angegriffen wird (»a foreign country that is in a close relationship with Japan«) und dieser Angriff auch eine Bedrohung für Japans Sicherheit sowie eine Gefahr für das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück des japanischen Volkes darstellt (»poses a clear danger to fundamentally overturn people's right to life, liberty and pursuit of happiness«). Dabei soll von diesem Recht nur als allerletztes Mittel Gebrauch gemacht werden. Bei der genauen Auslegung des Beschlusses gibt es also viel Spielraum. Abe hat in einer Pressekonferenz zu verstehen gegeben, dass nun auch Minenabwehrschiffe in die Straße von Hormuz entsandt werden könnten, da bis zu 80 % des nach Japan importierten Rohöls diese Meerenge passieren müssen und dort platzierte Minen ein Angriff auf Japans Sicherheit darstellen würde. Der Vorsitzende der Kōmeitō, Natsuo Yamaguchi, widersprach die-

ser Auslegung jedoch (AS 17.02.2015) und die beiden Koalitionspartner einigten sich darauf, die Frage nicht weiter zu vertiefen (Pollmann 2015).

Nach Bekanntwerden des Kabinettsbeschlusses gab es massive Proteste in Japan, als tausende Demonstranten vor Abes Amtssitz zusammenkamen und gegen die Neuinterpretation der Verfassung protestierten. Dies ist mit der starken Verankerung der pazifistischen und antimilitaristischen Norm innerhalb der Bevölkerung zu erklären. Auch gab es Proteste von Seiten Chinas und Südkoreas.

Am 16. Juli wurden die Gesetzesänderungen vom Unterhaus verabschiedet. Teile der Opposition verließen während der Abstimmung aus Protest den Plenarsaal (WSJ 16.07.2015). Die Gesetzesänderungen müssen nun noch vom Oberhaus bewilligt werden. Auch hier hat die LDP eine Mehrheit. Sollten die Gesetzesänderungen das Oberhaus dennoch nicht passieren, gehen sie zurück an das Unterhaus, wo die Koalition sie mit ihrer Mehrheit verabschieden kann. Die Opposition hat also nur noch theoretisch die Möglichkeit, auf die Gesetze Einfluss zu nehmen.

Natürlich markiert die Neuinterpretation der Verfassung eine Zäsur innerhalb der japanischen Sicherheitspolitik. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass sich seit dem ersten Golfkrieg, an dem Japan sich lediglich finanziell beteiligte und sich deshalb dem Vorwurf der »Scheckbuch-Diplomatie« ausgesetzt sah, eine stetige Ausweitung der sicherheitspolitischen Rolle Japans beobachten lässt. Geschah dies zunächst im Rahmen von Blauhelmeinsätzen, an denen Japan sich seit Verabschiedung des PKO-Gesetzes 1991 unter Auflagen beteiligen darf, nahm Premierminister Koizumi die Anschläge des 11. September 2001 zum Anlass, die Interpretation der Verfassung weiter auszudehnen. Japans Unterstützung der »Koalition der Willigen« in Afghanistan, rechtlich abgesichert durch das »Anti-Terrorism Special Measures Law«, und der Einsatz der SDF im Irak im Rahmen des »Iraq Reconstruction Special Measures Act«, haben den Artikel 9 der japanischen Verfassung bereits stark ausgehöhlt. 2011 wurde gar ein Stützpunkt der japanischen Luftwaffe in Djibouti geschaffen, um den Anti-Piraterie-Einsatz Japans am Horn von Afrika zu unterstützen – ein Novum in der japanischen Nachkriegsgeschichte. Allerdings mussten, um das Verbot der kollektiven Selbstverteidigung zu umgehen, bei Auslandseinsätzen stets verfassungsrechtliche »Winkelzüge« unternommen werden, um die Einsätze zu genehmigen (Hughes 2004: 130–131). Dies führte teilweise zu absurden Situationen, wenn bei Auslandseinsätzen bspw. niederländische Truppen für die Verteidigung von japanischen Lagern abgestellt werden mussten. Die nun vorgenommene Neuinterpretation der Verfassung ist der letzte Schritt in der seit Jahren vorgenommenen inkrementellen Ausweitung des verfassungsrechtlichen Rahmens. Zu dieser Einsicht gelangt auch Sakaki (2014: 19), die in der Neuinterpretation lediglich einen »symbolischen Wendepunkt« sieht.

2.8 Die neuen japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien

Vor dem Hintergrund der Neuinterpretation der Verfassung wurde auch eine Neuformulierung der japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien vorgenommen. Die Guidelines wurden erstmals 1978 festgeschrieben und legen die Eckpunkte der gemeinsamen Verteidigungsstrategie der beiden Bündnispartner im Rahmen des japanisch-amerikanischen Sicherheitsbündnisses fest. Sie wurden zuletzt im Jahre 1997 revidiert. Damals wurde neuen Bedrohungen, die sich etwa durch die Taiwan-Krise 1996 oder durch die nordkoreanischen Raketentests manifestiert hatten, Rechnung getragen. Die Guidelines wurden auch mit Blick auf die geographische Reichweite ausgeweitet: Beide Staaten einigten sich darauf, auch gemeinsam auf Situationen zu reagieren, welche die Sicherheit der Region betreffen und sich in Gebieten im Umfeld Japans abspielen (»situations in areas surrounding Japan«). Dieser Artikel war Gegenstand unzähliger Diskussionen, da Kritiker befürchteten, Japan könne nun in einen Konflikt zwischen den USA und China bezüglich der Unabhängigkeit Taiwans hineingezogen werden (Hook et al. 2005: 161–162). In dieser Version der Guidelines war Japans Rolle noch auf logistische Unterstützung beschränkt, da das Prinzip der Unvereinbarkeit von kollektiver Selbstverteidigung mit der japanischen Verfassung noch galt (Hughes 2004: 101).

Die neuen Richtlinien beleuchten ausführlich die Rolle der beiden Bündnispartner in Friedens- wie in Kriegszeiten. Auch werden die verschiedenen Felder der Kooperation beschrieben, etwa Aufklärung, Raketenabwehr oder maritime Sicherheit (MOD 2015b: 5–6). Explizit wird in den Guidelines die Zusammenarbeit der USA mit Japan bei der Rückeroberung von entlegenen Inseln erwähnt – ein indirekter Hinweis, dass auch die Senkaku-Inseln von dem Sicherheitsbündnis abgedeckt werden (MOD 2015b: 13).

Dass die konstitutionelle Restriktion Japans nun gefallen ist und Japan unter bestimmten Bedingungen kollektive Selbstverteidigung ausüben darf, spiegelt sich auch in den Guidelines wider. In den neuen Richtlinien wird die Möglichkeit, den Bündnispartner USA im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung zu unterstützen, explizit erwähnt. Als Beispiele werden etwa gemeinsame Minenräum-Operationen oder das Abfangen von Raketenangriffen genannt (MOD 2015b: 15–16).

Betont wird auch der »globale Charakter« des japanisch-amerikanischen Bündnisses (MOD 2015b: 1). So könnten Situationen, die Japans Frieden und Sicherheit bedrohen, heute nicht mehr geographisch eingegrenzt werden. Damit wird es Japan möglich sein, auch über die »areas surrounding Japan« hinaus die USA zu unterstützen.

Auch wenn die Richtlinien einige wirkliche Neuerungen enthalten, sind sie lediglich als Anpassung an die veränderte Sicherheitslage der Region zu betrachten. Eine Neuformulierung war nach 18 Jahren schlicht notwendig geworden. Japan ist darum bemüht, das Bündnis mit den USA zu stärken, das noch immer einen der Grundpfeiler der japanischen Sicherheitspolitik bildet, vor allem vor dem Hintergrund eines erstarkenden Chinas. Eine Verbesserung des japanisch-amerikanischen Verhältnisses ist auch deshalb wichtig, weil sich die Beziehungen in der Vergangenheit nicht ohne Reibungen gestalteten, etwa wegen des Streitpunktes der US-Basis auf Okinawa oder den schwierigen Verhandlungen bezüglich des transpazifischen Handelsabkommens TPP (Hughes 2015: 72; Sakaki 2014: 27).

3 Innenpolitik

Auch innenpolitisch setzt Abe aufgrund seiner komfortablen Mehrheit im Parlament Gesetzesvorhaben durch, die ihn in der Meinung vieler Beobachter als rechtskonservativen »Brandstifter« dastehen lassen. Insbesondere das Gesetz gegen Geheimnisverrat sowie seine Gängelung der kritischen Presse sind hier zu nennen.

3.1 Das Gesetz gegen Geheimnisverrat

Am 10. Dezember 2014 kam es erneut zu Protesten vor dem Amtssitz des Premierministers. Grund war diesmal das Inkrafttreten eines Gesetzes zur verschärften Bestrafung von Geheimnisverrat (engl.: Act on the Protection of Specially Designated Secrets, SDS). Die Demonstranten, unter ihnen viele Vertreter der Presse, forderten eine Rücknahme des Gesetzes. Das Gesetz war bereits Ende 2013 formuliert und in das Parlament eingebracht worden und hatte bereits zu diesem Zeitpunkt für Proteste gesorgt. So warnte etwa der »Foreign Correspondent's Club of Japan«, ein Zusammenschluss der ausländischen Pressevertreter in Japan, davor, dass durch das geplante Gesetz die Pressefreiheit kein verfassungsmäßiges Grundrecht mehr sei (FCCJ 2013). Dennoch wurde der Gesetzesentwurf geradezu in Rekordzeit durch beide Kammern gebracht, wobei die Regierung verschiedene taktische Manöver anwandte, um eine gründliche Aussprache im Parlament zu verhindern und das Gesetz möglichst schnell zu verabschieden (Halperin et al. 2014). Das Gesetz wurde am 6. Dezember mit nur wenigen Änderungen gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet.

Nach dem Gesetz ist es Ministern und den Leitern großer Behörden, etwa der »Imperial Household Agency« oder dem »National Board of Audit«, möglich, In-

formationen für geheim zu erklären, wenn deren Veröffentlichung die nationale Sicherheit gefährden würde. Das Gesetz unterteilt dabei vier Kategorien von Informationen: Verteidigung, Diplomatie, Terrorismusabwehr und Gegenspionage (CAS 2014). Diese Kategorien werden nicht weiter definiert, sondern es werden Beispiele gegeben. Die zuständigen Ministerien und Behörden sollen letztendlich selber entscheiden können, wie weit sie die Kategorien fassen und welche Informationen genau unter das Gesetz fallen. Sie können die Informationen zunächst für fünf Jahre unter Verschluss halten, haben jedoch die Möglichkeit, diese Frist auf 30 Jahre zu erhöhen. Und selbst dann ist es mit Zustimmung des Kabinetts möglich, die Frist auf 60 Jahre und in bestimmten Fällen darüber hinaus auszudehnen (Art. 4 SDS). Sollte keine Veranlassung mehr bestehen, bestimmte Informationen unter Verschluss zu halten, sind die zuständigen Minister verpflichtet, diese freizugeben. Doch selbst wenn solche Dokumente schließlich freigegeben werden, besteht keinerlei Verpflichtung, diese aufzubewahren: mit Zustimmung des Premierministers dürfen sie sogar vernichtet werden (Repeta 2013: 17).

Wer solche als geheim eingestuften Informationen der Öffentlichkeit zugänglich macht, kann mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden (Art. 23 SDS). Nicht nur Whistleblower selber, sondern auch Menschen, die Geheimnisträger zur Weitergabe von Informationen bewegen, also etwa Journalisten, können mit fünf Jahren Haft bestraft werden. Zwar garantiert Artikel 22 des Gesetzes die Pressefreiheit, dieser Artikel ist einigen Experten zufolge aber nichts weiter als eine hohle Phrase (Repeta 2013: 20).

Verschiedene Kontrollorgane sollen die Einhaltung des Gesetzes überwachen und Missbrauch verhindern. Im ursprünglichen Entwurf nicht vorgesehen sind nun drei staatliche Kontrollorgane (Cabinet Committee for Protection and Oversight; Independent Public Records Management Secretary; Information Security Oversight Division), sowie ein externes Expertengremium (Council for Protection of Information). Allerdings sind die staatlichen Kontrollorgane weder unabhängig, noch in alle das Gesetz betreffenden Vorgänge involviert, während das externe Gremium kaum mit Handlungsbefugnissen ausgestattet ist (Repeta 2013: 18).

Das Gesetz wird nahezu von allen Seiten stark kritisiert: Der UN-Menschenrechtsrat, der im Rahmen des »Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte« Japan 2014 einer turnusmäßigen Überprüfung unterzog, bemängelte besonders die ausgesprochen breite und vage Definition der Informationen, die unter Verschluss gehalten werden dürfen (CCPR 2014). Im gleichen Zuge befürchteten andere Kritiker, die Regierung könne nun etwa unliebsame Informationen über die Entwicklungen im havarierten Atommeiler Fukushima als geheim einstufen oder sie kritisieren die mangelnde Transparenz (Halperin et al. 2014: 5). Und »Reporter

ohne Grenzen« sieht in dem Gesetz einen eklatanten Angriff auf die Pressefreiheit und stufte Japan in der Rangliste der Pressefreiheit entsprechend herunter: Japan, aufgrund seines Systems der Kisha Kurabu² ohnehin kein Leuchtturm der Pressefreiheit, belegt nun Platz 61 von 180. Einige Kritiker sehen in dem Gesetz gar Parallelen zum »Peace Preservation Law« von 1925, mit dem es der damaligen Regierung ermöglicht wurde, unliebsame Stimmen zum Schweigen zu bringen (*The Guardian* 05.12.2013). Zuspruch für das neue Gesetz kam dagegen von Seiten des Bündnispartners USA: Botschafterin Caroline Kennedy lobte das Gesetz explizit.

3.2 Die Pressefreiheit in Gefahr?

Ein zumindest fragwürdiger Umgang mit dem Grundrecht der Pressefreiheit zeigte sich auch bei der Neubesetzung des Vorstandes der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt NHK. Im Dezember 2013 schlug die Regierung Abe fünf neue Mitglieder vor, denen alle eine große Nähe zu Abe nachgesagt wird. Der neue Vorsitzende wurde im Januar 2014 Katsuto Momii, ebenfalls ein enger Vertrauter Abes. Momii nutzte gleich seine erste Pressekonferenz, um seine politischen Positionen klarzumachen: So sei die NHK dazu verpflichtet, die Positionen der japanischen Regierung zu unterstützen und etwa Japans Positionen in den Territorialstreitigkeiten mit China und Südkorea klar zum Ausdruck zu bringen (Laurence 2014). Ferner relativierte er das Problem der sog. »Comfort Women«, indem er bemerkte, ähnliche Systeme der Zwangsprostitution habe es während des Krieges auch in Europa gegeben und ein solches System sei nur nach den heute herrschenden Moralvorstellungen falsch (*JT* 25.01.2015). Nach den zu erwartenden Protesten gegen diese Äußerungen merkte Momii zwar an, es sei ein Fehler gewesen, seine persönliche Meinung in seiner Kapazität als NHK-Vorsitzender zu äußern. Eine Rücknahme der Äußerungen oder eine Entschuldigung blieb jedoch aus.

Für ähnliche Entrüstung sorgte ein weiteres Vorstandsmitglied der NHK, Naoki Hyakuta, als er in einer Pressekonferenz die Mitglieder des Tōkyō Tribunals, das nach Ende des Krieges die japanischen Kriegsverbrechen aufarbeiten sollte, als Narren bezeichnete, da sie die »von den Amerikanern an den Japanern verübten Gräueltaten« ignoriert hätten. In derselben Pressekonferenz leugnete er das Nanking-Massaker, welches seiner Ansicht nach Propaganda sei (Tiezzi 2014).

² In Japan stellen wirtschaftliche und politische Organisationen einen Presseraum zur Verfügung, der von Reportern genutzt wird, die sich zu Presseklubs zusammenschließen. In der Regel können nur Mitglieder der japanischen Medienverbände an diesem System teilhaben, während etwa ausländische Korrespondenten ausgeschlossen bleiben (vgl. Gatzen 2001: 46).

Im Januar 2014 wurde bekannt, dass Programmchefs der NHK versucht hatten, auf Kommentatoren Einfluss auszuüben. So trat ein Professor für Volkswirtschaft unter Protest als Kommentator zurück, da ihm nahegelegt worden war, keine Aussagen zu den Kosten der Nuklearpolitik zu machen. Dies könne die Wähler vor der Gouverneurswahl in Tōkyō beeinflussen (Morris-Suzuki 2014: 2). Diese Vorgehensweisen und Personalentscheidungen lassen Zweifel aufkommen, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Japan noch seinem Programmauftrag nachkommt, oder ob die Nähe zur Regierung inzwischen so groß geworden ist, dass eine Unabhängigkeit nicht mehr gegeben ist.

Abe versucht aber auch, auf nicht-staatliche Medien Druck auszuüben. Besonders evident wurde dies im Zuge der Affäre um die liberale Tageszeitung *Asahi Shinbun* (Hughes 2015: 17). Diese hatte in den 90er Jahren eine Artikelserie veröffentlicht, in der sie das System der Zwangsprostitution der kaiserlichen Armee während des Zweiten Weltkriegs beschrieb. Dabei bezog sie sich besonders auf die Aussagen von Seiji Yoshida, eines ehemaligen Soldaten. Im August 2014 kam heraus, dass die Zeitung einem Hochstapler aufgesessen war und Yoshida seine Aussagen erfunden hatte. Zwar zog die Zeitung die Artikel nach diesen Enthüllungen zurück, blieb jedoch bei ihrer Haltung, das System der Zwangsprostitution habe in diesem Umfang existiert. Daraufhin geriet die Zeitung, traditionell ein Flaggschiff der japanischen Linken, unter massiven Beschuss. Insbesondere die konservativen Tageszeitungen *Yomiuri Shinbun* und *Sankei Shinbun*, die größten Konkurrenten der *Asahi Shinbun* auf dem japanischen Zeitungsmarkt, wurden dabei nicht müde, das journalistische Fehlverhalten anzuprangern. Doch auch der Premierminister griff in die Diskussion ein: In einer Ansprache im Parlament erklärte Abe, der oftmals Zweifel an der Existenz des Systems der Zwangsprostitution geäußert hat, die Zeitung habe Japans Ansehen im Ausland geschädigt und solle ihre Fehler bei der Berichterstattung über die Comfort Women der Welt erklären (*The Economist* 20.09.2014). Dies verstärkte Angriffe auf die Zeitung nur noch mehr: Zahlreiche Japaner verklagten die Zeitung und viele der Redakteure erhielten Morddrohungen.

Zwar hat die *Asahi Shinbun* sicherlich journalistische Standards verletzt, zumal im September weitere Falschmeldungen der Zeitung aufgedeckt wurden, etwa bei Berichten über das Katastrophenmanagement von TEPCO. Dennoch ist es offensichtlich, dass Abe vermehrt versucht, Medien zu gängeln, die seinen Kurs nicht vollumfänglich unterstützen. In diesem Licht ist auch der Fall des ehemaligen Ministerialbeamten und Fernsehkommentators Shigekaki Koga zu sehen. Dieser wurde von TV Asahi, wie die gleichnamige Zeitung Teil des Medienkonzerns Asahi, entlassen und trug bei seiner letzten Sendung ein Schild mit dem Aufdruck »I am not Abe« um den Hals. Koga behauptete, dass er entlassen wurde, weil er zu kritisch

gegenüber Abe gewesen sei und sein Arbeitgeber von der LDP unter Druck gesetzt worden sei. Er beklagte zudem ein vermehrtes Duckmäusertum innerhalb Japans Medien, die zunehmend dem Druck nachgeben, den die Regierung gegenüber kritischen Stimmen aufbaut (*The Guardian* 16.04.2015).

Sicherlich war es kein Zufall, sondern ein geschickt platziertes Symbol, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Japanreise im April 2015 ihre wichtigste Rede im Verlagsgebäude der *Asahi Shinbun* hielt. Dies wurde in der Berichterstattung der NHK über den Besuch Merkels jedoch verschwiegen.

3.3 Ein neuer Nationalismus unter Abe?

Insgesamt lässt sich beobachten, dass Shinzō Abe aus seiner nationalistischen Gesinnung auch während seiner zweiten und dritten Amtszeit keinen Hehl macht. Viele Probleme, welche die Beziehungen Japans mit seinen Nachbarstaaten belasten, haben seit seiner Amtsübernahme wieder an Intensität gewonnen. So besuchte Abe im Dezember 2013 den umstrittenen Yasukuni-Schrein: dies führte zu den zu erwartenden Protesten aus Peking und Seoul (Togo 2013). Während seiner ersten Amtszeit hatte er auf einen solchen Besuch noch verzichtet. Seit diesem Besuch hat Abe zwar von weiteren Besuchen abgesehen, brachte dem Schrein aber zu diversen Gelegenheiten symbolische Gaben dar, zuletzt anlässlich des Frühlingsfestes 2015 sowie am 15. August 2015. Abe hat bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, dass er es für sein gutes Recht hält, den Schrein zu besuchen und dort der Kriegstoten zu gedenken.

Auch hat Abe schon wiederholt mit unsensiblen oder offen revisionistischen Äußerungen für Aufregung gesorgt. Im April 2013 etwa behauptete er, man könne bezüglich Japans Verhalten während des Zweiten Weltkrieges gegenüber seinen Gegnern in Asien nicht von einer »Invasion« sprechen, da dieser Begriff unzureichend definiert sei. Südkorea bestellte daraufhin den japanischen Botschafter ein und Abe relativierte seine Äußerung (*WJ* 25.04.2013).

Sein fragwürdiges Geschichtsverständnis zeigt sich auch in seinem Umgang mit dem Themenkomplex der sogenannten Comfort Women. Abe setzte 2014 eine Kommission ein, welche das Zustandekommen der Kōno-Erklärung untersuchen sollte. In der Kōno-Erklärung entschuldigte sich 1993 der damalige Chefkabinettssekretär Yōhei Kōno offiziell bei Südkorea für das System der Zwangsprostitution. Sie gilt daher auch als offizielles Eingeständnis Japans, dass dieses System existiert hat. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die Kōno-Erklärung, der eine Studie vorausgegangen war, nicht nur historische Fakten berücksichtigte, sondern auch

auf Druck Südkoreas zustande kam (*JT* 20.06.2014). Zwar hat Abe wiederholt bekräftigt, an der Kōno-Erklärung festhalten zu wollen. Allerdings sorgte allein die Veröffentlichung der Studie für einen Affront und Parteifreunde Abes streuen immer wieder das Gerücht, die Regierung wolle sich von der Kōno-Erklärung distanzieren. Abes Vorgehensweise in der Asahi-Affäre macht deutlich, dass er das unbequeme Thema der Comfort Women gerne von der politischen Agenda streichen würde.

Es scheint, als wolle Abe auch im Hinblick auf die Vergangenheit Japans eine »Abkehr vom Nachkriegsregime« erreichen und das unliebsame Thema Vergangenheitsbewältigung ad acta legen. Zu diesem Zweck hat er auch eine großangelegte Bildungsreform ins Auge gefasst. So wurden etwa die Richtlinien, nach denen das Bildungsministerium Geschichtsbücher für den Schulunterricht prüft, 2014 angepasst. Die Schulbuchverlage werden nun dazu angehalten, bei strittigen oder heiklen Themen die offizielle Regierungsposition deutlicher zum Ausdruck zu bringen (Yoshifumi 2015). Insbesondere soll den Schülern Japans Position in den aktuellen Territorialkonflikten nahegebracht werden. Die »Schulbuchaffäre« ist ein weiterer schwelender Dissenz, in den Beziehungen zwischen Japan und seinen Nachbarstaaten. Auch hier hat Abe für ein Novum gesorgt: So kritisierte er erstmals einen amerikanischen Verlag, McGraw-Hill, für die seiner Meinung nach falsche Darstellung der japanischen Geschichte in einem der dort erschienenen Bücher (*NYT* 29.01.2015).

Thomas Berger (2014: 6) konstatiert bezüglich des regelmäßigen Aufkommens des japanischen Nationalismus ein Muster: So gehen seiner Ansicht nach gravierende Veränderungen in der japanischen Sicherheitspolitik stets einher mit nationalistischer Rhetorik der involvierten Politiker. So habe etwa Premierminister Hashimoto ebenfalls den Yasukuni-Schrein besucht, als er die Revision der japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien vornahm. Dies mag zutreffen, doch Shinzō Abes nationalistische Agenda ist deutlich stärker ausgeprägt und schließt mehr Themen ein, als die seiner Vorgänger.

4 Fazit: Endlich ein »normaler« Staat?

Unzweifelhaft ist Shinzō Abe dabei, dem Land seinen Stempel aufzudrücken. Doch sind diese einzelnen Maßnahmen so revolutionär, dass man in Abgrenzung von der Yoshida-Doktrin schon von einer Abe-Doktrin sprechen kann (Hughes 2015)? Die Yoshida-Doktrin, also die Richtlinie des ersten japanischen Premierministers Shigeru Yoshida, welche dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes Vorzug ge-

währte und sich in Bezug auf militärische Sicherheit gänzlich auf die USA stützte, scheint im Begriff, abgelöst zu werden. Allerdings ist die Sicherheitslage in Asien auch eine andere als in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Yoshida selber hat geäußert, Japan hätte sich spätestens in den 60er Jahren von den USA emanzipieren sollen (Kevenhörster und Nabers 2003).

Handelt es sich bei den beschriebenen sicherheitspolitischen Maßnahmen um eine Abkehr vom gewohnten Kurs? Die Masse dieser Maßnahmen markieren in der Tat eine Zäsur. Allerdings sind sie lediglich der letzte Schritt einer lange andauernden Entwicklung: Japan ist seit langem darum bemüht, eine seiner Möglichkeiten angemessene Rolle im internationalen System zu spielen und hat seit dem Debakel des ersten Golfkriegs seine sicherheitspolitische Rolle Schritt für Schritt ausgeweitet.

Japan spielt also streng genommen schon seit geraumer Zeit eine (pro)aktive Rolle im internationalen System. Dass die Abe-Administration das Kind nun beim Namen nennt und diese Rolle durch entsprechende Reformmaßnahmen unterstützt, kann als konsequent angesehen werden. In allen relevanten Dokumenten wie der NSS wird zudem betont, dass Japans neuer »proaktiver Beitrag zum Frieden« stets auf dem Prinzip der internationalen Kooperation beruht. Es ist nicht davon auszugehen, dass Japan nun militärische Alleingänge unternimmt und die gesamte Region destabilisiert.

Zudem kann es durchaus als legitim angesehen werden, dass Japan seine militärischen Kapazitäten und seine nationale Sicherheitsstrategie an die veränderte Sicherheitslage der Region anpasst. Es mag befremdlich wirken, dass Japan nun über amphibische Spezialeinheiten verfügt. Aber durch die ständige Provokation Chinas im Ostchinesischen Meer sind solche Anpassungen nachvollziehbar.

Auch die Neuformulierung der japanisch-amerikanischen Verteidigungsrichtlinien ist vor diesem Hintergrund zu betrachten. Japan möchte sich endgültig vom Vorwurf des »free-ridings« freimachen und einen aktiven Beitrag im Bündnis leisten. Zudem ist es mehr denn je auf den Bündnispartner USA angewiesen, um ein Gegengewicht zu China aufbauen zu können. Das rigorose Gesetz zum Geheimnisverrat, welches zu Recht von vielen Seiten scharf kritisiert wird, ist ebenfalls im Sinne des Bündnispartners USA und bekräftigt aus japanischer Perspektive die Allianz. Besorgniserregend ist auch die vermehrte Unterdrückung von kritischen Stimmen innerhalb Japans. Hier ist zu hoffen, dass internationaler Druck und die japanische Zivilgesellschaft Abe zum Umdenken bewegen.

Hughes (2015: 92) äußert allerdings die Vermutung, dass Abes angestoßene Reformen nicht von Dauer seien könnten, da sich sowohl beim Bündnispartner Kōmeitō, als auch innerhalb der Bevölkerung die kritischen Stimmen mehren. In

der Tat sind Abes Umfragewerte seit der Verabschiedung der Sicherheits-Gesetze auf einem Tiefstand angekommen (AS 20.07.2015).

Ist Japan also nun ein »normaler Staat«? Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik hat Abe dies mit seinen Reformen durchaus erreicht. Japan ist nun in der Lage, eine seinen Kapazitäten angemessene Rolle in der Region zu spielen. Viele der Restriktionen, die ohnehin oftmals umgangen wurden, bestehen nun nicht mehr.

Doch strenggenommen sind es zwei Seiten, auf denen Abe eine Abkehr vom Nachkriegsregime durchsetzen und ein »normaler Staat« werden möchte. Abe möchte offensichtlich auch erreichen, dass unter die Kriegsvorgänge des Landes ein Schlussstrich gezogen wird. Laut Lawson und Tanaka (2010: 422) sind die politischen Kräfte, die am vehementesten für Japans »Normalisierung« eintreten, auch diejenigen, die Japans Kriegsvorgänge herunterspielen oder gar leugnen. Es ist besonders diese zweite Seite, die für Unruhe in der Region sorgt. Abes nationalistische Rhetorik und seine unsensible Handhabung heikler Themen sind unnötige Provokationen. Weitaus aussichtsreicher erscheint eine Vorgehensweise, die sich an Deutschlands Aussöhnungspolitik orientiert. Auch Deutschland begann in den 90er Jahren, seine Rolle in der Welt zu überdenken. Auf Druck seiner Verbündeten nahm es 1999 am Kosovo-Einsatz der NATO teil. Etliche weitere Auslandseinsätze sollten folgen, etwa im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan. Heute ist es kaum vorstellbar, dass die Bundeswehr erst seit der Wiedervereinigung an Auslandseinsätzen teilnimmt. Was dieser Veränderung von Deutschlands Rolle in der Welt allerdings vorausging, war eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und eine Aussöhnung mit den ehemaligen Opferstaaten – auch wenn diese erst von Willy Brandt initiiert wurde. Seitdem gibt es aber in Deutschland, wie Angela Merkel es bei ihrem Staatsbesuch in Japan ausdrückte, »eine große Bereitschaft, die Dinge beim Namen zu nennen«. Nur deshalb wurde Deutschlands neue Rolle von den meisten Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft gutgeheißen.

Es ist kein Wunder, dass Staaten wie China oder Südkorea skeptisch sind, wenn von Japans »proaktiven Pazifismus« die Rede ist. Sie befürchten, auch wegen Abes stark nationalistisch gefärbter Rhetorik, eine Wiederkehr des japanischen Militarismus. Es wäre dringend geboten, in der Region, die über die vergangenen Jahre an Brennpunkten reicher geworden ist, für ein Klima des Vertrauens zu sorgen. Dass Japan ein »normaler Staat« werden möchte und sich Anerkennung für seine pazifistische Nachkriegstradition wünscht, ist verständlich. Eine solche Rolle muss aber einhergehen mit einer tiefgehenden Aussöhnung Japans mit seinen ehemaligen Opfern. Der siebzigste Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges wäre hierfür eine

gute Gelegenheit gewesen. Doch Abes Rede am 14. August blieb hinter den Erwartungen zurück (Abe 14.08.2015). Zwar gebrauchte er in seiner außergewöhnlich langen Rede die Worte »Aggression« und »Abbitte« und sprach von »tiefer Reue«. Allerdings bezog er sich stark auf die Reden seiner Vorgänger, betonte Japans Opferrolle und forderte zudem unverblümt, zukünftige Generationen von Entschuldigungen auszunehmen (Zöllner 2015). Morris-Suzuki (2015) weist zudem darauf hin, dass der Rede ein ungewöhnliches Geschichtsbild zugrunde liegt: Abe mache den westlichen Kolonialismus für Japans Weg in den Krieg verantwortlich, blende aber die eigenen frühen kolonialistischen Bestrebungen (etwa in Taiwan) völlig aus. Es scheint, als habe Abe auch diese Gelegenheit verstreichen lassen.

Literaturverzeichnis

- Abe, Shinzō (14.08.2015), *Statement by Prime Minister Shinzo Abe*, http://japan.kantei.go.jp/97_abe/statement/201508/0814statement.html http://japan.kantei.go.jp/97_abe/statement/201508/0814statement.html (20.08.2015).
- Abe, Shinzō (2013), *Address by Prime Minister Shinzo Abe, at the 68th Session of the General Assembly of the United Nations*, http://japan.kantei.go.jp/96_abe/statement/201309/26generaldebate_e.html (17.03.2015).
- Abe, Shinzō (2007), *Policy Speech by Prime Minister Shinzo Abe to the 168th Session of the Diet*, http://japan.kantei.go.jp/abespeech/2007/09/10syosin_e.html (15.03.2015).
- APRLBS (The Advisory Panel on Reconstruction of the Legal Basis for Security) (2014), *Report of the Advisory Panel on Reconstruction of the Legal Basis for Security*, http://www.kantei.go.jp/jp/singi/anzenhosyou2/dai7/houkoku_en.pdf (27.03.2015).
- APRLBS (The Advisory Panel on Reconstruction of the Legal Basis for Security) (2008), *Report of the Advisory Panel on Reconstruction of the Legal Basis for Security*, <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/anzenhosyou/report.pdf> (26.03.2015).
- Arase, David (2007), »Japan, the Active State? Security Policy after 9/11«, in: *Asian Survey*, 47 (4): 560–583.
- AS (*Asahi Shinbun*) (20.07.2015), »Asahi Poll: Support for Abe Cabinet Drops to 37 %; 57 % Oppose Security Bills«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201507200028 (01.08.2015).
- AS (*Asahi Shinbun*) (17.02.2015), »Abe Seeks to Allow SDF Minesweeping in Strait of Hormuz, Citing Economic, Energy Risk«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201502170036 (20.04.2015).
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.08.2014), »Japan to Give Patrol Boats to Vietnam to Keep China in Check«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201408020031 (01.08.2015).

- AS (*Asahi Shinbun*) (01.03.2013), »Japan Relaxes Embargo, Approves Export of F-35 Fighter Parts«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201303010091 (25.03.2015).
- Atanassova-Cornelis, Elena (2014), *Japan's New Approach to National Security*, ISSUE Brief No. 2/2014, Paris: Institute for Security Studies Union Européenne (ISSUE), http://www.iss.europa.eu/uploads/media/Brief_2_Japan_s_national_security.pdf (01.09.2015).
- Beck, Andreas (2010), *Japans Territorialkonflikte – eine Frage der Wahrnehmung?*, Baden-Baden: Nomos.
- Berger, Thomas U. (2014), *Abe's Perilous Patriotism: Why Japan's New Nationalism still Creates Problems for the Region and the U. S.-Japanese Alliance*, A Report of the CSIS Japan Chair, Washington: CSIS (Center for International and Strategic Studies), http://csis.org/files/publication/141003_Berger_AbePerilousPatriotism_Web.pdf (01.09.2015).
- Berkofsky, Axel (2012), *A Pacifist Constitution for An Armed Empire. Past and Present of Japanese Security and Defence Policies*, Milano: FrancoAngeli.
- Boyd, Patrick J. und Richard Samuels (2005), *Nine Lives? The Politics of Constitutional Reform in Japan*, East-West Center Policy Studies No. 19, Washington: East-West Center, <http://www.eastwestcenter.org/fileadmin/stored/pdfs/PS019.pdf> (01.09.2015).
- CAS (Cabinet Secretariat) (2014), *Overview of the Act on the Protection of Specially Designated Secrets (SDS)*, http://www.kantei.go.jp/jp/topics/2013/headline/houritu_gaiyou_e.pdf (02.04.2015).
- Chen, Yo-Jun (24.04.2014), »US-Japan Relations and Obamas Visit to Japan«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2014/04/us-japan-relations-and-obamas-visit-to-japan/> (01.08.2015).
- The Economist* (20.09.2014), »The Press in Japan: Gotcha«, <http://www.economist.com/news/asia/21618895-string-errors-damage-leading-paper-gotcha> (05.04.2015).
- Fackler, Martin (29.01.2015), »U. S. Textbook Skews History, Prime Minister of Japan Says«, in: *The New York Times*, http://www.nytimes.com/2015/01/30/world/asia/japans-premier-disputes-us-textbooks-portrayal-of-comfort-women.html?_r=0 (23.04.2015).
- FCCJ (The Foreign Correspondent's Club of Japan) (2013), *Designated Secrets Bill Protest Statement*, <http://www.fccj.or.jp/images/FCCJ-State-Secrets-Protest-eng.pdf> (02.04.2015).
- Gatez, Barbara (2001), *Fernsehnachrichten in Japan: Inszenierungsstrategien im internationalen Vergleich mit Deutschland*, Tübingen: Narr.
- Glosserman, Brad (2014), *An Ugly Win for Mr. Abe*, PacNet No. 89, Washington: CSIS (Center for International and Strategic Studies), <http://csis.org/publication/pacnet-89-ugly-win-mr-abe> (15.03.2015).
- Hagström, Linus (2015), »The ›Abnormal‹ State: Identity, Norm/Exception and Japan«, in: *European Journal of International Relations*, 21 (1): 122–145.

- Halperin, Morton H. und Molly M. Hofsommer (2014), »Japan's Secrecy Law and International Standards«, in: *The Asia-Pacific Journal*, 12 (37/1), http://japanfocus.org/-Molly_M_-Hofsommer/4183/article.html (01.09.2015).
- Hirose, Taisuke (2014), *Japan's New Arms Export Principles: Strengthening U.S.-Japan Relations*, Japan Chair Platform, CSIS Japan Chair Platform, Washington: CSIS (Center for International and Strategic Studies), http://csis.org/files/publication/141014_Hirose_NewArmsExportPrinciples_JapanPlatform.pdf.
- Hayashi, Yuka (16.07.2014), »Abe Makes Progress on Plan to expand Military«, in: *The Wall Street Journal*, <http://www.wsj.com/articles/abe-pushes-security-bills-through-japans-lower-house-1437023839> (29.07.2015).
- Hayashi, Yuka (18.07.2014), »Japan Builds Amphibious Force Modeled on US-Marines«, in: *The Wall Street Journal*, <http://www.wsj.com/articles/japan-builds-amphibious-force-modeled-on-us-marines-1405597172> (25.03.2015).
- Hook, Glenn D., Julie Gilson, Christopher W. Hughes und Hugo Dobson (2005), *Japan's International Relations. Politics, Economics and Security*, London: Routledge.
- Hughes, Christopher W. (2015), *Japan's Foreign and Security Policy Under the ›Abe Doctrine‹: New Dynamism or New Dead End?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hughes, Christopher W. (2004), *Japan's Re-emergence as a ›Normal‹ Military Power*, New York: Oxford University Press.
- JT (*The Japan Times*) (20.04.2015), »Abe Breaking Arms Taboo with Japan's First Defense Trade Show«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2015/04/20/national/abe-breaking-arms-taboo-japans-first-defense-trade-show/#.VTUinhIfDM> (20.04.2015).
- JT (*The Japan Times*) (19.02.2015), »Aid that Could Foment Conflict«, <http://www.japantimes.co.jp/opinion/2015/02/19/editorials/aid-foment-conflict/#.VTqN0ihIfDN> (01.04.2015).
- JT (*The Japan Times*) (25.01.2015), »New NHK Chief: ›Comfort Women‹ only Wrong per ›Today's Morality‹«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/01/25/national/new-nhk-chief-comfort-women-only-wrong-per-todays-morality-programming-must-push-japans-territorial-stances/#.VTz6GChIfDN> (05.04.2015).
- JT (*The Japan Times*) (18.07.2014), »Japan OKs First Major Military Tech Deal since Arms Export Ban Eased«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/07/18/national/japan-supply-arms-parts-u-s-sensor-technology-u-k/> (25.03.2015).
- JT (*The Japan Times*) (20.06.2014), »Kono Apology Was Tug of War: Panel«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/06/20/national/politics-diplomacy/kono-apology-was-tug-of-war-panel/> (24.04.2015).
- JT (*The Japan Times*) (08.05.2014), »Minutes of NSC Meetings to Be Kept under Wraps, Document Says«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/05/08/national/minutes-of-nsc-meetings-to-be-kept-under-wraps-document-says/#.VSp2bihIfDM> (20.03.2015).

- JT (The Japan Times)* (01.04.2014), »Abe Eases Weapons Export Rules«, <http://www.japan-times.co.jp/news/2014/04/01/national/politics-diplomacy/abe-eases-weapons-export-rules/> (25.03.2015).
- JT (The Japan Times)* (01.12.2013), »NSC Council Has Dangerous Flaws«, <http://www.japan-times.co.jp/opinion/2013/12/01/editorials/nsc-council-has-dangerous-flaws/#.VSp4XChIfDM> (20.03.2013).
- Kevenhörster, Paul und Dirk Nabers (2003), *Japans umfassende Sicherheit*, Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Kitaoka, Shinchi (2014), »A ›Proactive Contribution to Peace‹ and the Right of Collective Self-Defense: The Development of Security Policy in the Abe Administration«, in: *Asia-Pacific Review*, 21 (2): 1–18.
- Kitaoka, Shinchi (02.04.2014), »The Turnabout of Japan's Security Policy: Toward ›Proactive Pacifism‹«, in: *Nippon.com*, <http://www.nippon.com/en/currents/d00108/> (10.03.2015).
- Laurence, Henry (08.02.2014), »NHK and Abe's Agenda«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2014/02/nhk-and-abes-agenda/> (29.07.2015).
- Lawson, Stephanie und Seiko Tannaka (2010), »War Memories and Japan's ›Normalization‹ as an International Actor: A Critical Analysis«, in: *European Journal of International Relations*, 17 (3): 405–428.
- Liff, Adam P. und G. John Ikenberry (2014), »Racing toward Tragedy? China's Rise, Military Competition in the Asia Pacific, and the Security Dilemma«, in: *International Security*, 39 (2): 52–91.
- McCurry, Justin (16.04.2015), »Japanese Media Facing Political Pressure, Says Abe Critic«, in: *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/world/2015/apr/16/japanese-media-political-pressure-shinzo-abe-critic> (20.04.2015).
- McCurry, Justin (05.12.2013), »Japan Whistleblowers Face Crackdown under Proposed State Secrets Law«, in: *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/world/2013/dec/05/whistleblowers-japan-crackdown-state-secrets> (02.04.2015).
- Miller, J. Berkshire (29.01.2014) »How Will Japan's New NSC Work?«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2014/01/how-will-japans-new-nsc-work/> (20.07.2015).
- MOD (Ministry of Defense) (2015a), *Defense Programs and Budget of Japan Overview of FY2015 Budget*, http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/270414.pdf (25.04.2015).
- MOD (Ministry of Defense) (2015b), *The Guidelines for Japan-U. S. Defense Cooperation*, http://www.mod.go.jp/e/d_act/anpo/pdf/shishin_20150427e.pdf (30.04.15).
- MOD (Ministry of Defense) (2014), *Defense of Japan 2014*, http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/2014.html (18.04.2015)
- MOD (Ministry of Defense) (2013a), *National Defense Program Guidelines for FY 2014 and beyond*, http://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/2014/pdf/20131217_e2.pdf (25.03.2015).

- MOD (Ministry of Defense) (2013b), *Medium Term Defense Program*, http://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/2014/pdf/Defense_Program.pdf (21.03.2015).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2015), *Rebuttal Statement against the Editorial of Japan Times »Aid that Could Foment Conflict« (February 20, 2015)*, http://www.mofa.go.jp/policy/oda/page_000139.html (02.04.2015).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2014), *Three Principles on the Transfer of Defense Equipment and Technology*, <http://www.mofa.go.jp/files/000034953.pdf> (26.03.2015).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (1993), *Japan's Official Development Assistance Charter*, <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/summary/1999/ref1.html> (27.03.2015).
- Morris-Suzuki, Tessa (18.08.2015), »Abe's WWII Statement Fails History 101«, in: *East Asia Forum: Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the Pacific*, <http://www.eastasiaforum.org/2015/08/18/abes-wwii-statement-fails-history-101/> (20.08.2015).
- Morris-Suzuki, Tessa (06.02.2014), »Free and Fair? NHK and the Tokyo Election«, in: *East Asia Forum: Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the Pacific*, <http://www.eastasiaforum.org/2014/02/06/free-and-fair-nhk-and-the-tokyo-election/> (05.04.2015).
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2014), *DAC Members' Net ODA in 2013*, <http://www.oecd.org/dac/stats/data.htm> (10.04.2015).
- Otonari, Itsunori (2013), »Strengthening Japan's Defense Force«, in: *Asia-Pacific Review*, 20 (2): 69–80.
- Otopalik, Cameron M. (2010), »Japan's Overseas Development Assistance: Assessing Conformance with Shifting Priorities«, in: *International Journal of Politics and Good Governance*, 1 (1): 1–33.
- Ozawa, Ichiro (1994), *Blueprint for a New Japan: The Rethinking of a Nation*, Tōkyō: Kodansha.
- Panda, Ankit (14.01.2015) »Japan Approves Largest-Ever Defense Budget«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2015/01/japan-approves-largest-ever-defense-budget/> (02.08.2015).
- PMJ (Prime Minister of Japan and his Cabinet) (2015), *Cabinet Decision on the Development Cooperation Charter*, <http://www.mofa.go.jp/files/000067701.pdf> (28.03.2015).
- PMJ (Prime Minister of Japan and his Cabinet) (2014), *Cabinet Decision on Development of Seamless Security Legislation to Ensure Japan's Survival and Protect its People*, http://japan.kantei.go.jp/96_abe/decisions/2014/___icsFiles/afifieldfile/2014/07/03/anpohosei_eng.pdf (25.03.2015).
- PMJ (Prime Minister of Japan and his Cabinet) (2013), *National Security Strategy*, http://japan.kantei.go.jp/96_abe/documents/2013/___icsFiles/afifieldfile/2013/12/18/NSS.pdf (21.03.2015).

- Pollmann, Mina (18.02.2015) »Could Japan Go Minesweeping in the Strait of Hormuz?«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2015/02/could-japan-go-minesweeping-in-the-strait-of-hormuz/> (03.08.2015).
- Repeta, Lawrence (2013), »Raising the Wall of Secrecy in Japan: The State Secrecy Law of 2013«, in: *Meiji Law Journal*, 13 (22): 13–34.
- Sakaki, Alexandra (2014), *Japans Sicherheitspolitik: Richtungswechsel unter Abe?*, SWP-Studie Nr. 21, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
- Samuels, Richard J. (2007), *Securing Japan: Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia*, Ithaka: Cornell University Press.
- Samuels, Richard J. (2004), *Politics, Security Policy, and Japan's Cabinet Legislation Bureau: Who Elected These Guys, Anyway?*, JIPRI Working Paper No. 99, Oakland: Japan Policy Research Institute (JPRI).
- Sato, Heigo (2015), *Japan's Arms Export and Defense Production Policy*, Strategic Japan Working Papers, CSIS Japan Chair, Washington: Center for International and Strategic Studies (CSIS), http://csis.org/files/publication/150331_Sato_JapanArmsExport.pdf (03.08.2015).
- Soeya, Yoshide, Masayuki Tadoro und David A. Welch (Hg.) (2011), *Japan as a »Normal Country«?: A Nation in Search of Its Place in the World*, Toronto: University of Toronto Press.
- Sekiguchi, Toko (25.04.2013), »Japanese Prime Minister Stokes Wartime Passions«, in: *The Wallstreet Journal*, <http://www.wsj.com/articles/SB1000142412788732474370457844427-3613265696> (23.04.2015).
- Takahashi, Toshiya (2013), »Abe and a Japanese National Security Council«, in: *East Asia Forum: Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the Pacific*, <http://www.eastasiaforum.org/2013/07/16/abe-and-a-japanese-national-security-council/> (02.08.2015).
- Tiezzi, Shannon (07.02.2014), »NHK Governor: Nanjing Massacre »Never Happened«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2014/02/nhk-governor-nanjing-massacre-never-happened/> (05.08.2015).
- Togo, Kazuhiko (2013), »Abe's Yasukuni Visit Isolates Japan«, in: *East Asia Forum: Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the Pacific*, <http://www.eastasiaforum.org/2013/12/29/abes-yasukuni-visit-isolates-japan/> (20.07.2015)
- Yoshifumi, Tawara (2015), »The Abe Government and the 2014 Screening of Japanese Junior High School Textbooks«, in: *The Asia-Pacific Journal*, 13 (16/2), <http://japanfocus.org/-Tawara-Yoshifumi/4312/article.html> (01.09.2015).
- Zöllner, Reinhard (2015), *Eine Rede ohne mich: Abes Blick auf Japans Vergangenheit*, <http://kotoba.japankunde.de/?p=4857> (18.08.2016).